

Baden-Württemberg vor der Landtagswahl 2026

Wahlrechtsreform in Baden-Württemberg

Monja Rinderle

Am 8. März 2026 sind die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs zur Wahl eines neuen Landtags aufgerufen. Bei dieser Landtagswahl kommt erstmals das reformierte Wahlrecht zur Anwendung, dessen Kern die Einführung des Zwei-Stimmen-Systems sowie die Absenkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre darstellt. Dieser Beitrag informiert über die bevorstehenden Änderungen und blickt zurück auf die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen.

Rückblick auf die Ergebnisse früherer Landtagswahlen

Über viele Jahrzehnte herrschten bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg relativ eindeutige Mehrheitsverhältnisse (*Tabelle 1 und*

Schaubild). Die CDU gewann über Jahre fast alle Erstmandate, erhielt den größten Anteil gültiger Stimmen und stellte unangefochten den Ministerpräsidenten. Doch seit der Landtagswahl im Jahr 2011 hatten sich diese lange Zeit stabilen Machtverhältnisse nachhaltig verschoben. Die letzten drei Legislaturperioden stand ein Ministerpräsident der GRÜNEN an der Spitze der baden-württembergischen Regierung und seit 2016 lösten die GRÜNEN die CDU sogar als stärkste Fraktion im Landtag ab.

Die GRÜNEN erzielten bei der letzten Wahl 2021 ihr bestes Ergebnis mit 32,6 % der gültigen Stimmen. Sie konnten außerdem eine Mehrzahl der Wahlkreise für sich gewinnen (58 von 70), zwölf zusätzliche Wahlkreise im Vergleich zur Landtagswahl 2016. Die CDU erreichte als zweitstärkste Kraft einen Stimmenanteil von 24,1 %, musste damit allerdings



Monja Rinderle M. A. ist Referentin im Referat „Informationsdienste, Regionalstatistik, Wahlen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

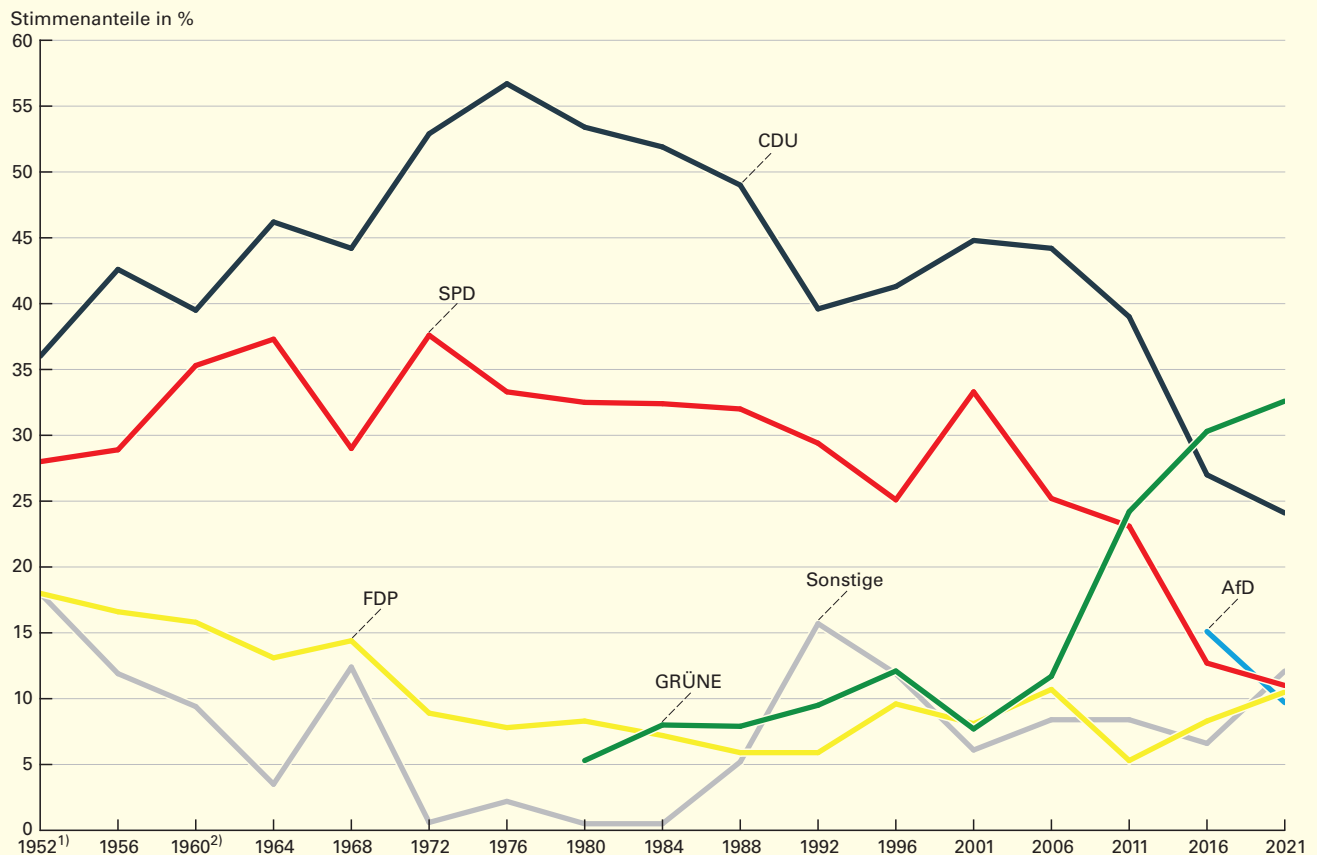
T1 Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1952 bis 2021

Wahljahr	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Sonstige
	Anzahl		%							
1952 ¹⁾	4.382.117	2.789.872	63,7	2,1	X	36,0	28,0	18,0	X	18,0
1956	4.738.390	3.328.860	70,3	1,9	X	42,6	28,9	16,6	X	11,9
1960 ²⁾	5.136.768	3.028.248	59,0	2,6	X	39,5	35,3	15,8	X	9,4
1964	5.471.002	3.705.791	67,7	2,3	X	46,2	37,3	13,1	X	3,5
1968	5.612.242	3.970.542	70,7	2,2	X	44,2	29,0	14,4	X	12,4
1972	5.998.727	4.798.775	80,0	1,0	X	52,9	37,6	8,9	X	0,6
1976	6.092.494	4.596.810	75,5	1,3	X	56,7	33,3	7,8	X	2,2
1980	6.319.950	4.549.463	72,0	0,8	5,3	53,4	32,5	8,3	X	0,5
1984	6.609.204	4.706.241	71,2	1,2	8,0	51,9	32,4	7,2	X	0,5
1988	6.872.330	4.933.846	71,8	1,1	7,9	49,0	32,0	5,9	X	5,2
1992	7.154.575	5.014.446	70,1	1,3	9,5	39,6	29,4	5,9	X	15,7
1996	7.189.906	4.859.305	67,6	1,5	12,1	41,3	25,1	9,6	X	11,9
2001	7.313.844	4.576.943	62,6	1,0	7,7	44,8	33,3	8,1	X	6,1
2006	7.516.919	4.012.441	53,4	1,3	11,7	44,2	25,2	10,7	X	8,4
2011	7.622.873	5.051.941	66,3	1,4	24,2	39,0	23,1	5,3	X	8,4
2016	7.683.464	5.411.945	70,4	0,9	30,3	27,0	12,7	8,3	15,1	6,6
2021	7.671.039	4.894.500	63,8	0,7	32,6	24,1	11,0	10,5	9,7	12,1

1) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. – 2) Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl am 12.03.1961 in zwei Wahlkreisen.

Datenquelle: Landtagswahlstatistik.

S Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1952 bis 2021



1) Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung. – 2) Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl am 12.03.1961 in zwei Wahlkreisen.
Datenquelle: Landtagswahlstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

443 25

ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg hinnehmen. Die Christdemokraten bekamen bei der Landtagswahl 2021 nur noch in zwölf Wahlkreisen die meisten Stimmen. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl verloren sie zehn Wahlkreise an die GRÜNEN.

Auch die SPD verzeichnete bei der letzten Wahl ihr niedrigstes Ergebnis seit der ersten Landtagswahl 1952. Bis einschließlich zur Wahl 2011 konnten die Sozialdemokraten stets über 20 % der gültigen Stimmen auf sich vereinen. 2016 erreichten sie dagegen nur noch 12,7 %, 2021 sogar nur 11,0 %. Bei den letzten beiden Wahlen konnte die Partei auch in keinem Wahlkreis mehr die Mehrheit gewinnen, während sie in den Jahren zuvor stets zumindest ein Erstmandat, häufig auch mehrere und in den 1950er- und 1960er-Jahren mehrmals auch noch über 20 Erstmandate gewonnen hatten. Trotz dieser historisch niedrigen Werte erreichte die SPD bei der letzten Wahl den dritten Platz, knapp vor der FDP

mit einem Stimmenanteil von 10,5 % und der AfD mit einem Stimmenanteil von 9,7 %. Die FDP war seit der ersten Wahl 1952 im baden-württembergischen Landtag vertreten, ihre besten Ergebnisse hatte sie in den 1950er- und 1960er-Jahren. Seither schwanken ihre Ergebnisse zwischen 5 % und 11 %. Ein Erstmandat gewannen die Liberalen seit 1972 nicht mehr.

Die AfD zog erstmals 2016 in den baden-württembergischen Landtag ein. Damals erzielte sie aus dem Stand 15,1 % der gültigen Stimmen sowie zwei Erstmandate. 2021 erlitt die Partei dann aber wieder größere Verluste (–5,4 Prozentpunkte) und gewann in keinem Wahlkreis die relative Mehrheit der Stimmen.

Wirft man einen Blick auf die Sitzverteilung (Tabelle 2) der vergangenen 70 Jahre, so waren die CDU, SPD und FDP stets mit Fraktionen im Landtag vertreten. Die GRÜNEN sind seit 1980 fester Bestandteil im Landesparlament. Im ersten Landtag ab 1952 waren noch

T2 Sitzverteilung im Landtag in Baden-Württemberg 1952 bis 2021

Wahljahr	Sitze insgesamt	GRÜNE	CDU	SPD	FDP	AfD	Sonstige ¹⁾
1952 ²⁾	121	X	50	38	23	X	10
1956	120	X	56	36	21	X	7
1960 ³⁾	121	X	52	44	18	X	7
1964	120	X	59	47	14	X	–
1968	127	X	60	37	18	X	12
1972	120	X	65	45	10	X	–
1976	121	X	71	41	9	X	–
1980	124	6	68	40	10	X	–
1984	126	9	68	41	8	X	–
1988	125	10	66	42	7	X	–
1992	146	13	64	46	8	X	15
1996	155	19	69	39	14	X	14
2001	128	10	63	45	10	X	–
2006	139	17	69	38	15	X	–
2011	138	36	60	35	7	X	–
2016	143	47	42	19	12	23	–
2021	154	58	42	19	18	17	–

1) 1952: BHE (6), KPD (4); 1956 und 1960: GB/BHE; 1968: NPD; 1992 und 1996: REP. – 2) Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. – 3) Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl am 12.03.1961 in zwei Wahlkreisen.

Datenquelle: Landtagswahlstatistik.

der BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) mit sechs Mitgliedern und die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) mit vier Mitgliedern vertreten. In den zwei darauffolgenden Legislaturperioden war der Gesamtdeutsche Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) mit jeweils sieben Mandaten im Landtag repräsentiert, die Partei hatte sich entsprechend umbenannt. Nach der Landtagswahl 1968 konnte die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) zwölf Sitze erlangen, sie war aber nur eine Legislaturperiode im baden-württembergischen Landtag präsent. In den 1990er-Jahren schafften dann DIE REPUBLIKANER (REP) den Sprung in den Landtag: 1992 bis 1996 mit 15 Sitzen, 1996 bis 2001 mit 14 Sitzen.

Die Linke tritt seit der Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg an, damals als WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) bevor diese sich 2007 mit der Linkspartei.PDS vereinigte. Ihr Stimmenanteil schwankte bei den letzten vier Wahlen zwischen 2,8 % und 3,6 %, lag also stets unter der Fünfprozenthürde. Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2021 waren Die Linke (3,6 %) und die Freien Wähler (3,0 %) die Parteien mit den meisten Stimmen unter den sonstigen Parteien – also unter den Parteien, die es nicht in den Landtag schafften.

Wahlrechtsreform: Einführung des Zwei-Stimmen-Wahlrechts

Im Frühjahr 2022 wurden vom Landtag Änderungen im baden-württembergischen Landtagswahlrecht beschlossen, ein wesentlicher Punkt ist dabei die Einführung eines Zwei-Stimmen-Verfahrens. Zuvor konnte jede Wählerin und jeder Wähler nur eine Stimme abgeben, die die Wahlentscheidung sowohl für eine Person als auch für deren Partei war. In den Wahlkreisen erhielt der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen das Mandat für die Legislaturperiode. Gleichzeitig bildeten alle abgegebenen Stimmen auch die Grundlage für die Berechnung der Sitzverteilung im Landtag.

Mit dem neuen Wahlrecht haben Wählende bei der Landtagswahl künftig zwei Stimmen. Ähnlich den Regelungen bei der Bundestagswahl wird mit der Erststimme ein Wahlkreisbewerber bzw. eine Wahlkreisbewerberin gewählt und mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei. Wie beim Bundestagswahlrecht wird die Sitzverteilung im Landtag nach der Zweitstimme bestimmt. Neben der Wahl zum Deutschen Bundestag gibt es auch in fast allen Bundesländern ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht auf Landesebene. Einzige Ausnahmen sind Bremen und Hamburg, die ein

Wahlrecht mit fünf beziehungsweise zehn Stimmen haben, und das Saarland, das ein Ein-Stimmen-Wahlrecht nur mit Landeslisten aufweist.

In der Begründung des Gesetzentwurfs für die Einführung des Zwei-Stimmen-Wahlrechts wird genannt, dass „eine breitere Abbildung der Gesellschaft im Parlament ermöglicht werden“¹ soll. Da nun ein Teil der Mandate über die Landeslisten vergeben wird, können die Parteien durch die Auswahl und Reihenfolge ihrer Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landesliste gezielter die Zusammensetzung des Parlaments beeinflussen. Damit könnte beispielsweise der geringe Frauenanteil im Parlament erhöht werden. Entsprechend der Wahlergebnisse vom 14. März 2021 wurden insgesamt 45 Frauen in das Landesparlament gewählt, dies entsprach einem Anteil von 29,2 %. Seit der ersten Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg im Jahr 1952 ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten zwar merklich gestiegen, lag aber bislang nie über 30 %. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern erreicht Baden-Württemberg hier seit Jahrzehnten nur einen unterdurchschnittlichen Wert.²

Kritikerinnen und Kritiker des neuen Wahlrechts befürchten, dass der Landtag noch größer werden könnte als bisher, denn das Zwei-Stimmen-Wahlrecht ermöglicht es Wählenden ihre Stimmen unterschiedlichen Parteien zu geben, was Überhangmandate im Ergebnis wahrscheinlicher macht. 2024 und 2025 gab es deswegen zwei Volksbegehren, welche zum Ziel hatten das Wahlrecht nochmal zu ändern.³ Das erste Volksbegehren „Landtag verkleinern“ scheiterte, da das erforderliche Quorum von ca. 770.000 Unterschriften (10 % der Wahlberechtigten der Landtagswahl 2021) verfehlt wurde. Insgesamt gab es lediglich ca. 130.000 Unterstützerinnen und Unterstützer. Das zweite Volksbegehren „XXL-Landtag verhindern!“ war ebenfalls nicht erfolgreich. Hier konnten nur rund 40.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, auch damit wurde das Quorum nicht erreicht.

Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich das neue Wahlrecht auf die Sitzzahl im Landtag auswirken wird. *Tabelle 2* zeigt, dass sich die Größe des baden-württembergischen Landtags in den letzten Jahren auch mit dem alten Wahlrecht deutlich von der Regelgröße von 120 Sitzen entfernt hat. Nach der Wahl 1992 bestand der Landtag zum Beispiel aus 146 Sitzen, nach der letzten Wahl 2021 aus 154 Sitzen.

Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre

Der zweite wesentliche Punkt der Änderung des Wahlrechts ist die Absenkung des aktiven Wahlalters: Zur Landtagswahl 2026 dürfen in Baden-Württemberg erstmals auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Bei den Kommunalwahlen im Land dürfen diese Altersgruppen schon seit 2014 mitentscheiden, bei der Europawahl bundesweit seit 2024. Insgesamt liegt das Wahlalter bei Landtagswahlen in sechs Bundesländern bei 16 Jahren. Neben Baden-Württemberg setzt auch Mecklenburg-Vorpommern 2026 erstmals das Wahlalter auf 16 Jahre herab. Vorreiter in Deutschland war Bremen, hier wurde die Regelung bereits 2009 eingeführt, gefolgt von Brandenburg im Jahr 2011 sowie Hamburg und Schleswig-Holstein im Jahr 2013.⁴ Erklärtes Ziel der Herabsetzung des Wahlalters ist es laut Gesetzentwurf, „junge Menschen frühzeitig in demokratische Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen demokratische Teilhabe zu ermöglichen“⁵. Dies sei insbesondere wichtig, da „landespolitische Entscheidungen weitreichende Konsequenzen für die nächste Generation haben können und Jugendliche damit über einen besonders langen Zeitraum von den Auswirkungen betroffen sein können.“⁶

Durch die Absenkung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre werden zur Landtagswahl 2026 nach Schätzung des Statistischen Landesamtes etwa 180.000 minderjährige Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger wahlberechtigt sein.⁷ Die Zahl der Erstwählerinnen und -wähler wird somit höher als bei vorherigen Landtagswahlen liegen, denn sie umfasst durch die Wahlrechtsänderung diesmal sieben Jahrgänge (alle 16- bis 22-Jährigen) – geschätzt sind dies circa 650.000 Wahlberechtigte (8,4 %). Insgesamt werden am 8. März 2026 voraussichtlich 7,7 Millionen (Mio.) Menschen in Baden-Württemberg wahlberechtigt sein – dies wäre ein neuer Höchststand. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Zahl der Wahlberechtigten seit der ersten Landtagswahl im Jahr 1952 mit einer Ausnahme stetig angewachsen ist (*Tabelle 1*). Waren damals noch knapp 4,4 Mio. Personen aufgerufen, ihre Stimme abzugeben, überschritt die Zahl der Wahlberechtigten bereits im Jahr 1976 die Grenze von 6 Mio. Mehr als 7 Mio. Wahlberechtigte wurden erstmals im Jahr 1992 erreicht. Im Wahljahr 2021 war die Zahl der Wahlberechtigten dann zum ersten Mal leicht gesunken. Die steigenden Zahlen hängen vor allem damit zusammen, dass die baden-württembergische

1 Landtagsdrucksache 17/1281, S. 16, https://www.landtag-bw.de/resource/blob/255198/66d7880f31415dd1738925f9cb3f1d91/17_1281_D.pdf (Abruf: 24.09.2025).

2 Landeszentrale für politische Bildung: Frauen in den Länderparlamenten, <https://www.lpb-bw.de/frauenanteil-laender-parlamenten> (Abruf: 26.09.2025).

3 Für beide Volksbegehren stellt das Statistische Landesamt ausführliche Daten in den Statistischen Berichten bereit unter <https://www.statistik-bw.de/staat-und-gesellschaft/wahlen/landtagswahl/> (Abruf: 20.10.2025).

4 Landeszentrale für politische Bildung: Reif für die Gremien? Mit 16 Jahren in den Gemeinderat? <https://www.kommunalwahl-bw.de/wahlalter> (Abruf: 24.09.2025).

5 Landtagsdrucksache 17/1281, S. 15.

6 Landtagsdrucksache 17/1281, S. 15.

7 Bei den Wahlberechtigtenzahlen zur Landtagswahl 2026 handelt es sich bisher um Schätzungen auf Grundlage der Bevölkerungsfortschreibung mit Basis Zensus 2022. Wie viele Wahlberechtigte es tatsächlich gibt, wird erst am Wahltag mit dem vorläufigen Wahlergebnis erfasst.

Bevölkerung in den vergangenen 70 Jahren deutlich zugenommen hat. Zudem waren Personen vor der Landtagswahl 1972 erst mit Vollendung des 21. Lebensjahrs wahlberechtigt.

Damals wie heute gilt allerdings, dass nicht alle Wahlberechtigten auch tatsächlich von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Die Wahlbeteiligung war in den letzten 70 Jahren deutlichen Schwankungen unterworfen. Die höchste Beteiligungsquote wurde mit 80 % im Jahr 1972 erreicht, die niedrigste mit 53,4 % im Jahr 2006. Zuletzt lag die Beteiligungsquote wieder etwas höher bei 63,8 %. Es bleibt abzuwarten, ob sich der positive Trend einer steigenden Wahlbeteiligung, welcher bei anderen Wahlen beobachtet werden konnte (Bundestags- und Europawahl sowie Kommunalwahlen), auch bei der Landtagswahl 2026 bemerkbar macht.

Verfügung stellen. Am Wahlabend werden die vorläufigen Landtagswahlergebnisse auf einer Wahlsonderseite in Form von Tabellen und Grafiken präsentiert. Zudem stehen die Daten zum Download bereit. Im Wahl Nachtbericht, der am Morgen nach der Wahl erscheinen wird, werden zusätzliche Tabellen und Schaubilder zur Verfügung gestellt, die die Ergebnisse der Landtagswahl 2026 in anschaulicher Weise präsentieren und analysieren sowie eine regionalstatistische Perspektive auf die Wahlergebnisse ermöglichen. Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2026 werden voraussichtlich im Sommer 2026 veröffentlicht. ■

Informationsangebot des Statistischen Landesamtes zur Landtagswahl 2026

Rund um die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 8. März 2026 wird das Statistische Landesamt vielfältige Informationen zur

Weitere Auskünfte erteilt
Monja Rinderle, Telefon 0711/641-28 77,
Wahlen@stala.bwl.de

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich

Ausgabe 2025 in neuem Landeslayout

Die aktuelle Ausgabe der Standortbroschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ erscheint erstmals in neuem Gewand.

Die in 22. Auflage erscheinende Broschüre bietet anhand von ausgewählten Indikatoren einen aktuellen Überblick zu einer Auswahl von wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich sowie ökologisch relevanten Themenfeldern, ausgehend von Bevölkerung und Soziales über Wirtschaft, Einkommen und Arbeitsmarkt bis hin zu Bildung, Umwelt und Verkehr sowie öffentlichen Finanzen.

Zur Frage, welche Position Baden-Württemberg hierbei im nationalen und internationalen Vergleich einnimmt, sind als Benchmark die Bundesländer und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgewiesen, und soweit verfügbar auch Daten für die Vereinigten Staaten, Japan, Norwegen, Island, die Schweiz sowie die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

Artikel-Nr.: 8036 25001

Erhältlich unter www.statistik-bw.de

